

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Werner Staak, Innen-
senator Hamburgs, warnt
vor K-Gruppen-Verbot

Seite 1/2

Björn Engholm attackiert
die Verleger-Auffassung
von Pressefreiheit

Seite 3/4

Lenelotte von Bothmer
MdB analysiert isra-
elisch-arabische Ge-
spräche

Seite 5/6

Herbert Günther, hes-
sischer Justizminister,
weist die Terrorismus-
"Dokumentation" der CDU
zurück

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

32. Jahrgang / 198

14. Oktober 1977

Hände weg vom Verbot der K-Gruppen!

Unions-Anträge lösen keine Probleme, sondern würden neue
Schwierigkeiten schaffen

Von Werner Staak
Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Vorschlag einiger Unions-Ministerpräsidenten, gegen die K-Gruppen einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen, hat nicht nur bei den Sicherheitsexperten in Bund und Ländern allgemeines Kopfschütteln hervorgerufen. Die Hoffnung, sich mit einem solchen Verbot der Ideologie der K-Gruppen und gewalttätiger Demonstrationen zu entledigen, geht an den Erkenntnissen der Experten unserer Sicherheitsorgane vollkommen vorbei. Über eines allerdings besteht zwischen allen Beteiligten absolute Übereinstimmung: Die Verfassungswidrigkeit der K-Gruppen ist unbestritten, und ein Verbotsantrag hätte grundsätzlich Erfolg beim Bundesverfassungsgericht.

Es ist aber ein politischer Irrglaube anzunehmen, daß wir die Konflikte mit den K-Gruppen durch ein Verbot beenden können. Die Stärke unseres demokratischen Systems war schon immer die offensive geistige und politische Auseinandersetzung mit den Gegnern der Demokratie. Besonders die Gewerkschaftsbewegung hat nachhaltig bewiesen, daß überall dort, wo in der organisierten Arbeitnehmerschaft der Herausforderung durch die K-Gruppen offensiv begegnet wurde, den K-Gruppen bei Betriebswahlen eine deutliche Abfuhr erteilt wurde.

Die Verantwortlichen für die Sicherheit wissen aus der bisherigen Erfahrung, daß die Gefährlichkeit der K-Gruppen durch ein Verbot nicht gemindert, sondern gesteigert würde. Ein Verbot würde nur dazu führen, daß die K-Gruppen nicht mehr offen und legal unter ihrer bisherigen Bezeichnung für

ihre verfassungsfeindlichen Ziele agieren könnten. Dieser Vorteil ist aber nur ein scheinbarer, der eine Reihe schwerwiegender Nachteile nicht aufwiegen kann.

- 1/ Die Bürger haben in der Vergangenheit alle K-Gruppen, die sich an Wahlen beteiligten, in die Ecke der politischen Bedeutungslosigkeit gestellt. Hieran sollten wir auch in Zukunft nichts ändern. Wir brauchen keine selbsternannten Märtyrer.
- 2/ Mitglieder und Führungsgremien der vier politisch unabhängig voneinander operierenden Formierungen KPD, KPD/ML, KBW und KB sind den Sicherheitsbehörden nur lückenhaft bekannt. Dieses ist zurückzuführen auf konspiratives Verhalten untereinander und auf die Vorbereitung des Zustandes der Illegalität. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß weder das Parteivermögen noch der Apparat wirkungsvoll zerschlagen werden könnten, so daß Mitglieder ihre politische Tätigkeit in neuen Organisationen unter neuen Namen ohne größere Abstriche fortsetzen könnten.
- 3/ Gewalttätige Demonstrationen gegen Kernkraftwerke oder andere Ziele lassen sich durch ein Verbot nicht unterbinden, weil Mitglieder der K-Gruppen bereits in der Vergangenheit unter dem Deckmantel von Bürgerinitiativen zu Demonstrationen aufgerufen haben. Es kann deshalb auch durch ein Verbot nicht verhindert werden, daß sich diese Anhänger weiterhin an gewalttätigen Demonstrationen beteiligen, sie schüren oder gar initiieren, ohne offiziell als Maoisten aufzutreten.
- 4/ Ein Verbot könnte die ideologische Zerstrittenheit und teilweise gegenseitige Lähmung der K-Gruppen weitgehend abbauen. Die öffentlich geführte Verbotsdiskussion hat bereits zu ersten Solidarierungen geführt. Derartige Entwicklungen können nicht ohne Auswirkungen auf die Situation an den Universitäten bleiben.
- 5/ Die K-Gruppen haben sich in der Vergangenheit bewußt vom Terrorismus ideologisch abgegrenzt, um ihre "legale" Position zu untermauern. Bei einem Verbot würden die K-Gruppen ihre Abgrenzungsposition zum Terrorismus verlassen. Erste öffentliche Erklärungen haben erkennen lassen, daß die Anhänger der K-Gruppen zu terroristischen Anschlägen übergehen und damit das terroristische Potential der jetzigen Gruppen vervielfachen können. Eine derartige Entwicklung würde zu einer nachhaltigen Bedrohung der inneren Sicherheit in unserem Lande führen.
- 6/ Ein Verbot der K-Gruppen würde die Stellung der DKP nicht nur politisch aufwerten, sie bekäme indirekt den "demokratischen Persilschein", den sie schon immer zu erlangen suchte. Eine derartige Entwicklung würde aber gerade die verfassungsfeindliche Kraft stärken, von der durch ihre Mitgliederzahl, ihre finanziellen Möglichkeiten und ihre Organisationsdichte die größte Gefahr für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung ausgeht.

Es kann kein Zufall sein, daß bestimmte Kreise besonders der CSU fordern, auch gegen die DKP einen Verbotsantrag zu stellen. Derartige Überlegungen zielen allerdings weniger auf eine innenpolitische als vielmehr auf eine außenpolitische Wirkung ab. Ein Verbotsantrag gegen die DKP hätte weniger die Aufgabe, die innere Sicherheit in der Bundesrepublik zu festigen, als vielmehr die seit 1969 erfolgreich betriebene Politik der Entspannung zu unterlaufen und nicht wiedergutzumachenden außenpolitischen Schaden anzurichten. Dieses ist Teil der Strauß'schen Ostpolitik. Deshalb löst ein Verbot der K-Gruppen überhaupt keine Probleme, es schafft im Gegenteil neue innenpolitische und außenpolitische Schwierigkeiten, die die erfolgreiche Politik der Friedenssicherung der sozialliberalen Koalition seit 1969 in Frage stellen könnten.

(-/14.10.1977/ks/10)

Pressefreiheit nur für Verleger ?

Gewerkschaften geht es um Aufrechterhaltung der Informationsfreiheit

Von Björn Engholm MdB

Parlamentarischer Staatssekretär und Mitglied der Medienkommission beim SPD-Vorstand

Die für den 16. September dieses Jahres vorgesehenen Verhandlungen über pressenspezifische Mitbestimmungsregelungen zwischen den Tarifpartnern sind von den Verlegerverbänden BDZV und VDZ mit dem Hinweis auf Anträge zum 11. Gewerkschaftstag 1977 der IG Druck und Papier abgesagt worden. Die Verlegerpräsidenten Binkowski und Strothe erklärten, die darin vertretenen Positionen und Forderungen liefen auf die Abschaffung der privatrechtlichen Struktur der Presse hinaus.

Dies ist in der augenblicklichen laufenden Verhandlungsrunde zu Fragen der Kompetenzabgrenzung zwischen Verlegern und Journalisten das zweitemal, daß innergewerkschaftliche Äußerungen zum Anlaß genommen werden, anberaumte Verhandlungen zu torpedieren. Es ist fraglich, ob sich die Verlegerverbände mit diesem Verfahren intern und in der Öffentlichkeit einen Gefallen tun.

Die Unterstellung der Verlegerverbandsspitze, der IG Druck und Papier ginge es um Vernichtung der privaten Unternehmensexistenz ist hohle Rhetorik. Wie anders hätte es sonst passieren können, daß sich der zweite Vorsitzende der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, im Januar 1977 ausgerechnet im Handelsblatt mit den "Chancen der Lokalblätter" auseinandersetzte und einige sehr praktikable Vorschläge entwickelte die jedem Verleger zur Ehre gereicht hätten, um Zeitungen florieren zu lassen.

Worum es einer Gewerkschaft gehen muß, ist, die berufliche und wirtschaftliche Existenz ihrer Mitglieder zu sichern. Die ungehemmte "Rationalisierungswelle" in einer Reihe von Pressebetrieben macht es den Gewerkschaften nicht leicht, überhaupt mit einer geschlossenen Verhandlungsgrundlage auf den Tarifpartner zu reagieren. Die Verlegerverbände scheinen - wenigstens in ihrer Spitze - noch nicht ausreichend realisiert zu haben, daß sie es in der Tat mit Partnern zu tun haben.

Die "rauen Töne" der Arbeitnehmer sind Reaktionen und beim publizistischen Kräfteverhältnis der unterschiedlichen Organisationen, die hier aufeinanderprallen, ist dieser Gewerkschaftston berechtigt. Es kann nicht übersehen werden, daß im Augenblick der Berufszweig der Schriftsetzer fortrationalisiert wird. Keine Gewerkschaft könnte es sich leisten, hierzu nur freundlich zu nicken. Trotz aller Unkenrufe während der letzten Jahre: Nicht der Tagespresse geht es wirtschaftlich an den Kragen, sondern entscheidenden Berufsgruppen, wie sie in der IG Druck und Papier zusammengeschlossen sind.

Die medienpolitischen Anträge zum diesjährigen 11. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Augsburg müssen als unübersehbarer Denkanstoß im Rahmen der Diskussion um die Erhaltung und Stärkung der Pressevielfalt gewertet werden.

Gerade den Gewerkschaften geht es um die Aufrechterhaltung der Meinungs- und Informationsfreiheit. Die Verlegerverbände scheinen dies bestreiten zu wollen. Es wird so getan, als würde unvermutet ein besonders harter Schlag gegen das Verlegertum geführt. Doch es kann kein Denkverbot geben - auch nicht über Fragen der Pressestruktur.

Man stelle sich ein ungehindertes Fortwuchern der Pressekonzentration in ihrer letzten Konsequenz vor: Wird dann nicht zwangsläufig ein - sicher auch in letzter Instanz vom

Bundesverfassungsgericht angeordneter - Eingriff des Staates notwendig? Und zwar analog zur gängigen Form der öffentlich-rechtlichen Organisation, wie sie heute für den Rundfunk gilt? Anders scheint die Sicherung der Garantien des Artikel 5 des Grundgesetzes - unter solchen fortgeschriebenen Negativbedingungen - nicht möglich. Die Verbandsideologie der Verleger scheint auch nach 25 Jahren des Dauerkonfliktes noch nicht zu registrieren, welche Konsequenz ungehemmter Wettbewerb für das Weiterbestehen gerade der privatwirtschaftlich organisierten Pressebetriebe haben muß. Auf der Ebene der kleineren und mittelständischen Zeitungsverlage - die im BDZV am wenigsten Einfluß haben - ist man sich dieser Problematik offenkundig klarer bewußt als im Bereich großer regionaler Unternehmen sowie der Verlagsgiganten.

Die Denkanstöße, die vom Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier zu medienpolitischen Fragestellungen und Erörterungen ausgehen, sollten ebenso wenig unter Argumentationsverbot gestellt werden. Eine Reihe von Vorschlägen sind politisch nicht realisierungsfähig. Zur Sicherung der Pressevielfalt und um Konzentrationstendenzen zu blockieren, ist es vordringlich, naheliegendere Schritte politisch einzuleiten, so z.B.:

- Verbesserung des Wettbewerbs durch Verfeinerung des Kartellrechts in Bezug auf das Pressewesen;
- eine gezielte Förderung von Zeitungsneugründungen;
- die Öffnung von Vertriebsmonopolen oder die Schaffung neuer Vertriebsstränge;
- die Sicherung der öffentlich-rechtlichen Medien;
- die Unabdingbarkeit einer öffentlich-rechtlichen Organisation der neuen elektronischen Medien;
- schließlich die Sicherung der Unabhängigkeit der Journalisten durch Tarifvertrag oder Gesetz.

Wenn es im Antrag 207 des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier (Gewerkschaftliche Forderungen zur Pressepolitik) heißt: "Die Pressefreiheit ist kein Privileg der Besitzer von Druckmaschinen und von Presseunternehmen", so scheint mir dies angesichts der Auseinandersetzungen während der vergangenen Jahrzehnte Pressegeschichte in der Bundesrepublik ein berechtigter Hinweis der ursächlich Mitbeteiligten am publizistischen Auftrag, den das Grundgesetz garantiert. Nur zu häufig, zuletzt noch in der Verleger-enquête dieses Jahres, die im Auftrage des Bundespresse- und Informationsamtes veranstaltet wurde, sehen sich die Verleger in einer Rolle ausschließlicher Bestimmung und Inhabere von Pressefreiheit. Der Antrag des IG-Hauptvorstandes weist darauf hin, daß "die eigentlichen Gefahren für die Pressefreiheit gerade in der privatwirtschaftlichen Ordnung" wurzeln. Auf diese Probleme ist schon im Ausgang des vergangenen Jahrhunderts immer wieder, u.a. vom Leipziger Nationalökonom Karl Bücher, hingewiesen worden: die IG Druck und Papier verdeutlicht hier einen beklagenswerten Zustand aus betroffener Sicht.

Die Verlegerverbände fühlen sich nun angegriffen - aber fühlen auch sie sich betroffen?

Ein Verlegerverband kann nicht zum Zensor der politischen Diskussion zu Pressestrukturfragen werden - und schon gar nicht zum Zensor der inneren gewerkschaftlichen Diskussion.

(-/14.10.1977/ks/lo)

Frieden im Nahen Osten?

Ein Seminar in London, das Mut machen kann

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag und Präsidentin
der deutsch-arabischen Gesellschaft

Zum ersten Mal hat ein Nahost-Seminar mit Teilnehmern der Betroffenen - Palästinensern und Israelis - auf politischer Ebene stattgefunden. Gastgeber und Veranstalter waren britische Parlamentarier, die in London die britische Sektion der ASSOCIATION PARLEMENTAIRE POUR LA COOPERATION EURO-ARABE, Paris, bilden.

Ausgezeichnet vorbereitet war die Diskussion über so brennende Probleme wie:

- Wie könnte und sollte ein palästinensischer Staat in Palästina aussehen?
- Was soll mit Jerusalem werden?
- Wie kann es Sicherheit für alle Länder der Region geben?
- Palästinensische Flüchtlinge:
Ihr Status und die UN-Resolution 242.
- Gegenseitige Anerkennung von Israelis und Palästinensern: Ihre jeweiligen Rechte.
- Lösungsvorschläge aus der Sicht der Palästinenser, Israelis und den arabischen Regierungen.
- Die führende Rolle der USA und was könnte Europa beitragen?
- Was ist bei einem Scheitern aller Bemühungen?

Europäische und amerikanische Kenner der Materie nehmen Stellung: Die Debatte aber lief vor allem zwischen führenden PLO-Vertretern, Israelis und arabischen Westbank-Bewohnern.

Der von Europäern geäußerte Gedanke, für die Westbank zunächst einen vorläufigen internationalen Status anzustreben und dieses Gebiet von internationalen Streitkräften und die militärische freie Zone zu sichern und damit einer Friedensregelung näher zu kommen, wurde von Palästinensern ebenso wie von Israelis kompromißlos abgelehnt; sie hielten solche Mittel für schwach, nutzlos und teuer. Ebenso skeptisch beurteilen sie die Idee eines internationalen Jerusalems, bzw. den Vorschlag, den Stadtkern mit den heiligen Stätten auf diese Weise für alle zu sichern. "Wir sind Feinde", sagte ein Sprecher, "deshalb brauchen wir Frieden und keine halbherzigen Lösungen".

Von palästinensischer Seite wurde gefordert, daß sofort aufgehört werden muß, die alte Stadt Jerusalem weiter zu verändern, die ehemals arabischen Gebäude und Einrichtungen

auszulöschen, dort Juden in neuen Häusern anzusiedeln und dazu noch den ganzen Komplex systematisch mit neuen jüdischen Siedlungen einzuzäunen.

Wer nicht zionistisch sei, sei ein Mensch zweiter Klasse: Ein Palästinenser! "Zionismus ist eine grundsätzliche Herausforderung an die arabische Minderheit und die arabischen Nachbarn." Darüber zu diskutieren lehnten die israelischen Teilnehmer ab: Dies habe nichts mit der Lösung des Problems zu tun, denn Zionismus sei Religion und keine Bedrohung. Bemerkenswert: Niemand wünschte den augenblicklichen Status von Jerusalem aufrecht zu erhalten - "weil das keinen Frieden möglich macht".

Sollen, entsprechend der UN-Resolution 194 alle palästinensischen Flüchtlinge zurückkommen dürfen, würden die Israelis zur Minderheit im Lande, deshalb legen sie diese Forderung folgendermaßen aus: Einige sollen zurückkehren dürfen. Frage der Araber: Welche? Wieviele? Und sind zum Beispiel die orientalischen Juden, die nach Israel gekommen sind, gerufen wurden, auch "Flüchtlinge" wie das von israelischer Seite immer wieder erklärt wurde? Dieser Gedanke fand stärkste Ablehnung bei den palästinensischen Teilnehmern.

Wenn die Palästinenser Israel anerkennen sollen, welches Israel ist gemeint? Das von 1948, von 1967 oder das jetzige? Jedenfalls würden bei einseitiger Anerkennung die Palästinenser und damit die arabische Welt den Zustand der Vertreibung, der Unterdrückung arabischer Bürger in Israel anerkennen. Die Anerkennung müßte jedenfalls beidseitig sein: Wenn ein Staat anerkannt werden muß unter gegebenen Bedingungen, so ist das Kapitulation und keine Basis zum Frieden.

Noch immer ist Israel ein Siedlerstaat - immer noch in Waffen siedeln und damit ständiger Unruheherd und Bedrohung, wären die Nachbarn noch so friedliebend.

Amerikanische Teilnehmer ließen nicht viel Hoffnung aufkommen, daß Amerika seiner Vormachtstellung untreu würde, um dem kleinen Israel, das mit seiner starken Politik absolut isoliert in der Welt dasteht, den zum Einlenken notwendigen "push" zu geben. Die amerikanische Öffentlichkeit sei eben pro-israelisch und selbst politisch weitblickende Senatoren scheuen davor zurück, sich öffentlich für die Rechte der Palästinenser einzusetzen. Die Araber, meinte ein amerikanischer Wissenschaftler, hätten doch ihre eigene, in dieser Sache nützliche Waffe: Das Öl. Und die Europäer seien aufgerufen, ihrem eigenen Urteil stärker zu folgen.

Europa, so wurde von europäischer Seite aus vorgeschlagen, könnte bei weiteren israelischen Siedlungen in besetzten Gebieten mit Sanktionen drohen, es könnte überall die PLO anerkennen; der europäisch-arabische Dialog könnte Fortschritte bringen - nur wird er - auf amerikanische Veranlassung hin - streng ohne Berücksichtigung der brennenden politischen Themen geführt. Alles in allem wahrhaft ein Teufelskreis, der dem Zuhörer wenig Mut machte. Als tragisch vor allem wurde auch empfunden, daß gerade im Augenblick großer Zugeständnisbereitschaft und bewußt moderater Diplomatie von arabischer Seite ein Mann wie Begin an die Spitze der israelischen Regierung gewählt wurde, der seinerseits keinerlei Zugeständnisse für erforderlich hält. Und daß eben Carter, der hoffnungsreiche Töne hören ließ, weit dahinter zurückgefallen ist.

Gibt es dennoch Hoffnung? Ja, wenn führende Personen aus den entgegengesetzten Lagern im Kreise von Kennern der Gesamtlage ein derartig außergewöhnliches Gespräch führen, wenn bei aller Verschiedenheit der Standpunkte gegenseitige Toleranz das Klima des Seminars kennzeichnete, dann muß die Folgerung erlaubt sein, daß letztlich alle den Frieden wünschen. Nur müßten viel mehr Menschen, gerade auch in unserem Lande, lernen, die Probleme vorurteilsloser zu sehen und sich bereit finden, diesen lebenswichtigen Dialog mitzuführen.

(-/14.10.1977/ks/ca)

Dokumentation gegen sich selbst

Zur Terrorismus-"Dokumentation" des CDU-Generalsekretärs

Von Dr. Herbert Günther

Justizminister des Landes Hessen

Das zweifelhafte Machwerk, das das Konrad-Adenauer-Haus unter dem Titel "Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland - eine Auswahl von Zitaten" herausgegeben hat, brachte den Unions-Parteien eine Flut von Schlagzeilen ein. Kaum eine war freilich darunter, über die sie sich recht freuen konnte. Überwiegend reagierte die Presse scharf ablehnend. Auch Zeitungen, die keineswegs als koalitionsfreundlich gelten können, sparten nicht mit Kritik an der Zusammenstellung, die willkürlich aus ihrem Textzusammenhang gerissene Zitate zu einem "Dunstkreis" angeblicher Verharmlosungen und Entschuldigungen zusammenstückelt. Daß dabei die Grenze zur puren Albernheit etwa dort überschritten wurde, wo der Chef des Bundeskriminalamtes zum Kreis der Verharmloser und Entschuldiger gerechnet wurde, sei nur beiläufig vermerkt.

Mag sein, daß bei der Zusammenstellung nicht so sehr eigene Initiative der CDU im Spiel war als vielmehr Druck der bayerischen Schwesterpartei. Unübersehbar rügte das CSU-Zentralorgan "Bayern-Kurier" wenige Tage zuvor "Halbherzigkeit und Unentschlossenheit" der CDU bei der Terrorismusbekämpfung und nannte als politisches Vorbild den eigenen letzten Parteitag der CSU, bei dem es an klaren Aussagen nicht gefehlt habe. Diesem Warnschuß aus dem Süden gab man offenbar nur zu bereitwillig nach. Die peinliche "Dokumentation" ist nur ein Beleg dafür. Ein weiterer kommt hinzu: Helmut Kohl strich - konsequent noch in der Demut - daraufhin in seiner Rede vor dem Wirtschaftstag der Union in Frankfurt/Main alle Passagen seines Manuskripts, in denen vor einer undifferenzierten Hexenjagd auf Intellektuelle gewarnt wurde.

Kein Zweifel: Der Vorgang dokumentiert nicht nur aufs Peinlichste die fortschreitende persönliche und politische Demontage des Oppositionsführers. Die Kaltschnäuzigkeit, mit der das Mittel ungezielter politischer Diffamierung eingesetzt wird, verrät auch, wie es die Unions-Parteien tatsächlich mit der viel beschworenen Solidarität der Demokraten, mit Meinungsfreiheit und Menschenwürde halten, den Werten, deren Verteidigung sie im vergangenen Bundestagswahlkampf noch so groß auf ihr Panier geschrieben hatten.

(-/14.10.1977/ks/lo)

+ + +